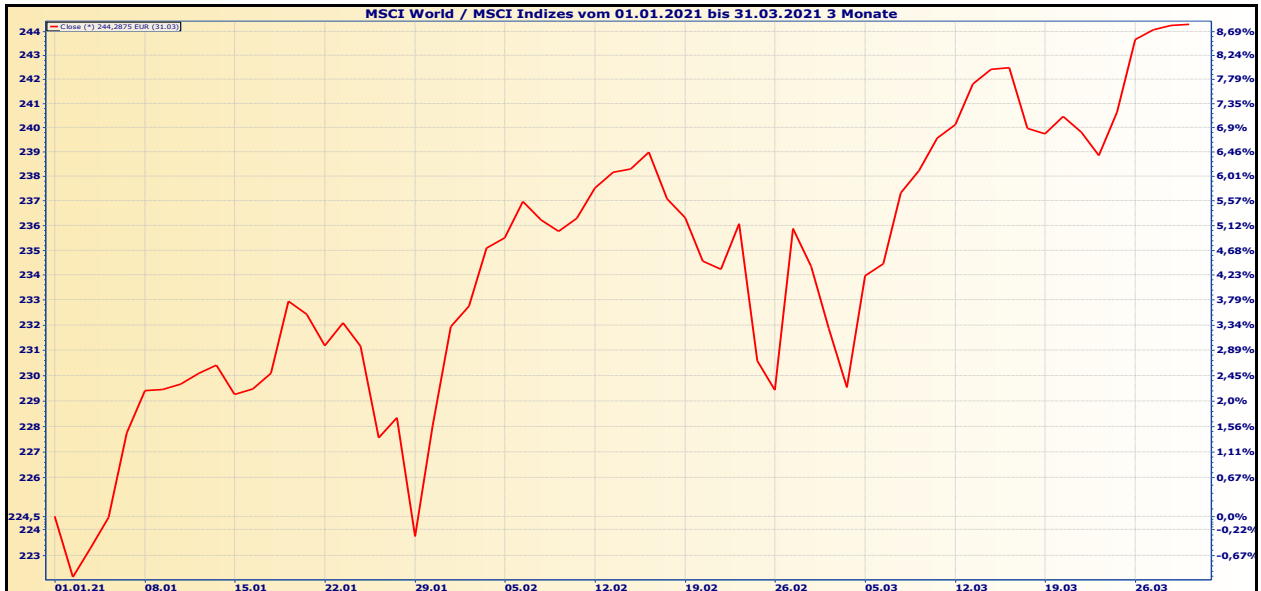




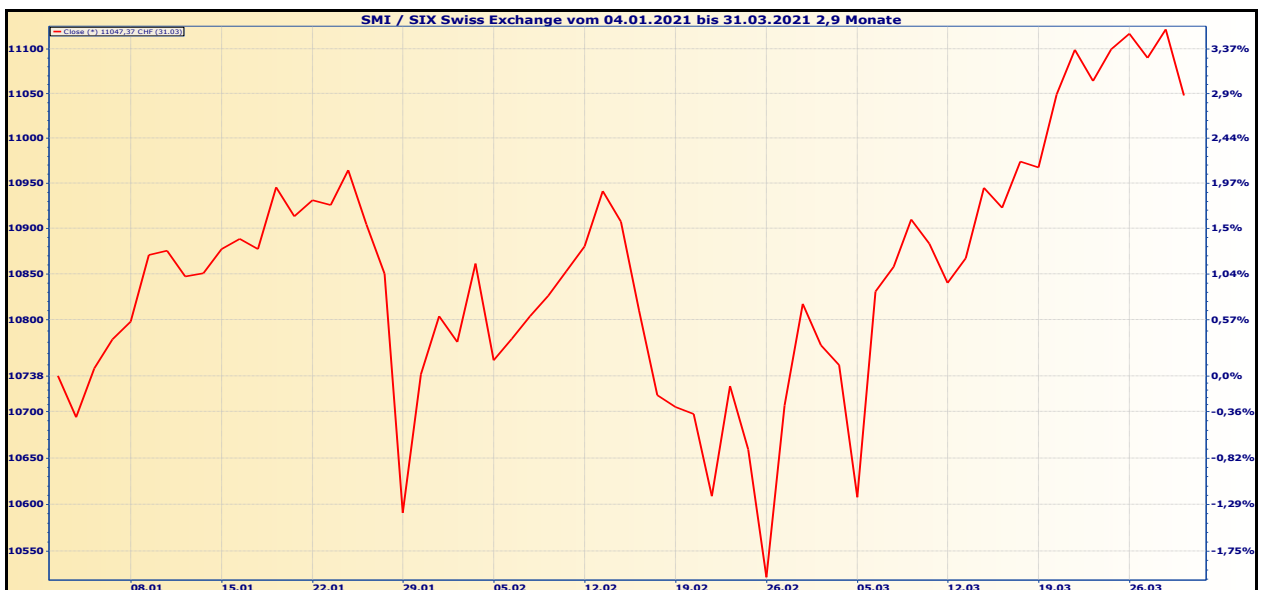
Kommentar des Fondsberaters Schmitz & Partner AG:

Für die internationalen **Aktienmärkte** gab es im **ersten Quartal** eine Fortsetzung der erfreulichen Kurssteigerungen der letzten neun Monate. Der Weltaktienindex in Euro stieg um fast neun Prozent:



Quelle: vwd portfolio manager 6.31.2

Der Schweizer Aktienmarkt, der für den *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds mit einem Anteil Schweizer Aktien von aktuell knapp 58 Prozent am gesamten Aktienanteil des Fondsvermögen besonders von Bedeutung ist,¹ stieg mit einem Plus von knapp drei Prozent nicht ganz so stark:



Quelle: vwd portfolio manager 6.31.2

¹ Beim *Schmitz & Partner Global Offensiv* Fonds ist der Schweizer Aktienanteil am gesamten Aktienvermögen des Fonds mit knapp 15 Prozent deutlich geringer. Die Abhängigkeit dieses Fonds vom Schweizer Aktienmarkt ist dementsprechend nicht so hoch.

In den ersten drei Monaten haben wir für den *Schmitz & Partner Global Offensiv Fonds* die Liquiditätsquote von 21 Prozent auf 16 Prozent reduziert und zwei neue Aktienpositionen ins Fondsvermögen gekauft: Das dänische Unternehmen *Orsted* ist der weltgrößte Betreiber von Windparks im Meer. Fast 90 Prozent der Stromproduktion kommt aus erneuerbaren Quellen. Die norwegische Firma *Scatec* ist ein führender Stromerzeuger für erneuerbare Energien und entwickelt, baut, besitzt und betreibt Solar-, Wind- und Wasserkraftwerke sowie Speicherlösungen.

An den **Rentenmärkten** stiegen zum ersten Mal seit längerer Zeit die Zinssätze spürbar. In der Schweiz kletterte die Rendite der zehnjährigen Eidgenossen gegenüber dem Jahresanfangstand von minus 0,55 Prozent auf minus 0,32 Prozent. Nicht viel anders ist die Situation am deutschen Rentenmarkt. Hier stiegen die Renditen für zehnjährige Bundesanleihen in den ersten drei Monaten des Jahres von minus 0,56 Prozent auf minus 0,30 Prozent. Und noch kräftiger zogen die Renditen der zehnjährigen Staatsanleihen in den USA an: von 0,90 Prozent zu Jahresbeginn auf 1,70 Prozent! Im Gegenzug zu den deutlich gestiegenen Zinsen fielen die Kurse der Staatsanleihen in diesen Ländern entsprechend kräftig. Die *FINANZWOCHE* schreibt daher vom „schlechtesten Anleihestart seit 50 Jahren“.²

Die Sorge um wieder steigende Inflationsraten ist der Hauptgrund für die aktuell anziehenden Zinsen. Und so lauteten die Schlagzeilen in den letzten Monaten folgerichtig: „Die schlafende Inflation“³, „Inflationsgefahr wächst“⁴ oder auch „Inflation fällt nicht vom Himmel“⁵. Wir von *Schmitz & Partner* sehen in deutlich anziehenden Inflationsraten eine der Hauptgefahren für Sparer in den nächsten Jahren. Höhere Inflationsraten sind politisch gewollt, um mit dem einhergehenden Kaufkraftverlust die immer größer werdenden Staatsschulden real (nicht nominal) erträglich zu gestalten. Selbst mit einer mäßigen Inflationsrate von vier Prozent halbiert sich eine nominal konstante Staatsschuld in 18 Jahren auf die Hälfte!

Am **Devisenmarkt** kam es beim Wechselkurs des Schweizer Franken zum Euro zu einer leichten Gegenbewegung des permanenten Abwärtstrends des Euro der letzten Jahre. Der Euro stieg gegenüber dem Schweizer Franken von 1,08 auf 1,11. Die *Neue Zürcher Zeitung* schreibt zu den aktuellen Entwicklungen: „Der Wertverlust des Franken ist trügerisch“⁶, denn die Zukunft des Euro bleibt unverändert unsicher. „Die europäische Einheitswährung kämpft weiterhin mit schwerwiegenden Konstruktionsfehlern und einem Wirtschaftsraum, der politisch wie ökonomisch zerrissen ist. Solange dies so ist, bleibt der Franken eine begehrte Fluchtwährung.“⁷

Seit fast genau einem Jahr bestimmt die Pandemie und das **Corona-Virus** unser Leben. Und ebenfalls vor einem Jahr fielen die Börsenkurse weltweit innerhalb von wenigen Wochen dramatisch in den Keller. So stürzte beispielsweise der Deutsche

² *FINANZWOCHE* vom 25. März 2021, Seite 1.

³ *Handelsblatt* vom 22. - 24. Januar 2021, Seite 14. Der Autor des Aufsatzes, Professor *Bert Rürup*, endet mit dem Ergebnis: „Die Inflation ist nicht tot, sie schläft. Nur wie tief und wie lange, das weiß niemand.“

⁴ *Handelsblatt* vom 22. Februar 2021, Seite 4. Der Artikel berichtet, dass die Inflationserwartungen „auf den höchsten Stand seit 2011“ gestiegen sind und sieht in dem jüngsten Anstieg der Teuerung den „Beginn eines Paradigmenwechsels“.

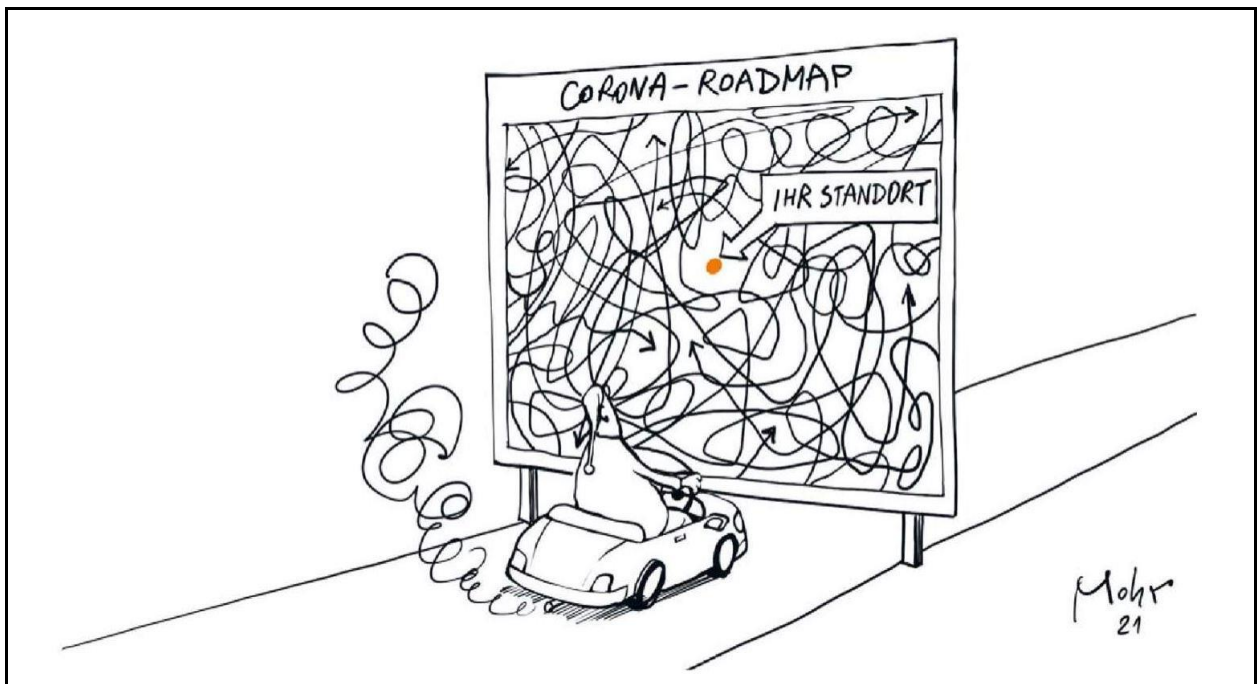
⁵ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 25. Februar 2021, Seite 17.

⁶ *Neue Zürcher Zeitung* vom 13. März 2021, Seite 22.

⁷ Siehe vorherige Fußnote. Der Artikel kommt zu dem Fazit: „es ist nur eine Frage der Zeit, bis die mit viel billigem Geld zugedeckten Strukturprobleme des Euro-Raumes wieder zutage treten oder bis eine andere Krise viele Anleger erneut in den Hafen des Franken locken wird.“

Aktienindex DAX von seinem Stand Mitte Februar 2020 bei 13.800 Punkten bis Ende März 2020 auf 8.400 Punkte – ein Minus innerhalb von nur sechs Wochen von fast 40 Prozent!

Inzwischen haben sich die internationalen Aktienbörsen von ihren Tiefstständen längst wieder erholt und neue historische Höchststände erreicht. Die Politiker in den meisten Ländern hingegen – und hier insbesondere in Deutschland – verharren jedoch immer noch völlig ohne Orientierung am Ausgangspunkt:



Quelle: *Handelsblatt* vom 5. - 7. März 2021, Seite 18

Warum ist das so? Sind unsere Politiker wirklich so orientierungslos? Dann sollten wir Bürger sie bei den nächsten Wahlen schnellstens durch etwas fähigere Exemplare ersetzen. Oder steckt ein übergeordnetes Ziel dahinter, was die Bevölkerung nicht sehen kann oder nicht sehen will? Verfolgt die Politik ein System, wenn sie die Pandemie weiterhin „vorwiegend mit den Methoden des Mittelalters“ bekämpft: „Menschen werden in Angst gehalten und weggesperrt“⁸ und was will sie damit erreichen?

Wolfgang Kubicki schreibt: „Ich kann mich an keine Phase der bundesrepublikanischen Geschichte erinnern, in welcher der Verzicht auf unsere Freiheitsrechte von relevanten Teilen der Öffentlichkeit derart euphorisch beklatscht wurde wie derzeit.“⁹ Und *Heribert Prantl* ergänzt: „Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik ist das Leben der

⁸ Beide Zitate finden sich in dem lesenswerten Artikel „Zu Tode geschützt ist auch gestorben“ in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 2. März 2021, Seite 19. Der Autor *Christoph Prantner* moniert: „Wo eine Impfstrategie sein sollte, findest du bestenfalls Ratlosigkeit, wenn nicht blankes Chaos.“

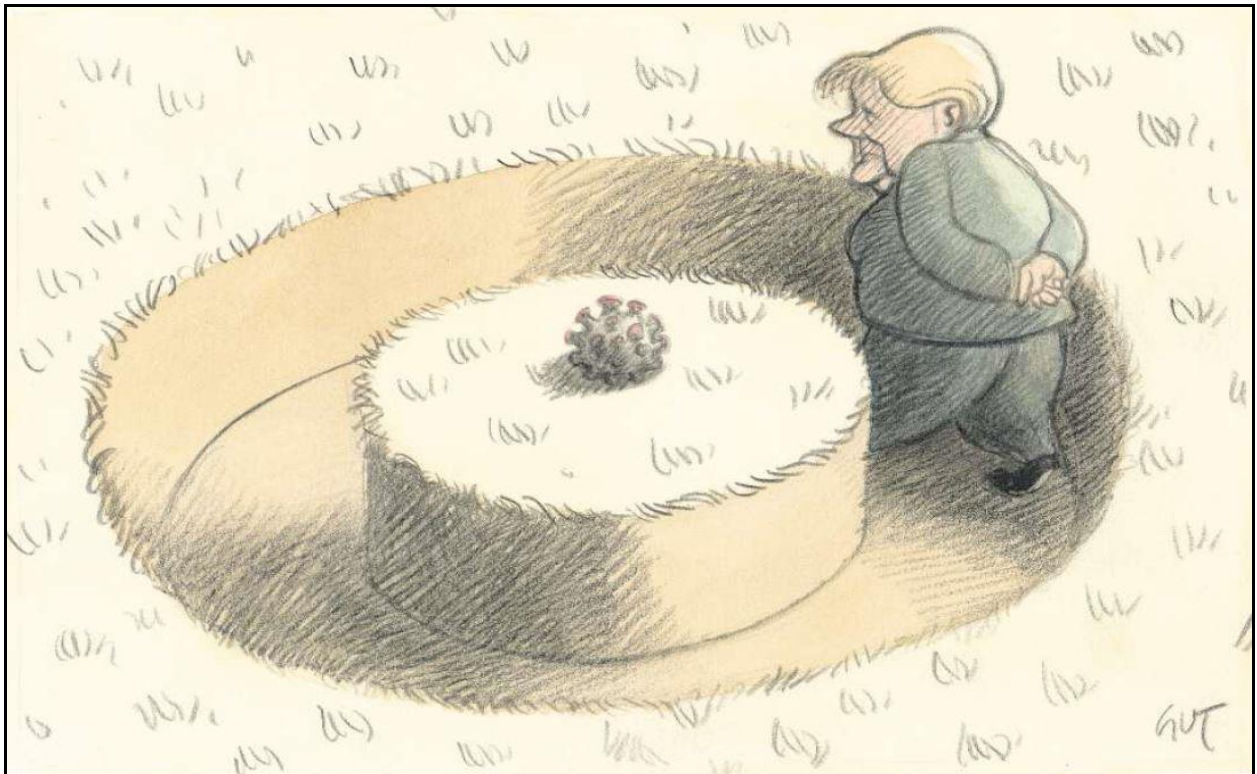
⁹ *Neue Zürcher Zeitung* vom 30. Januar 2021, Seite 21. In seinem bemerkenswerten Gastkommentar schreibt Kubicki: „Je größer die Zahl der Unzufriedenen wird, umso weniger geht die bisherige Strategie einiger politischer Akteure auf, diese Menschen aus dem öffentlichen Diskurs auszugrenzen. Wer die intellektuell reichlich einfältige Bezeichnung ‚Covidioten‘ oder die Klassifizierung ‚rechtsradikal‘ als legitime Charakterisierung für sämtliche Kritiker der Corona-Maßnahmen wähnt, der muss erleben, dass dieses Stilelement am Ende nicht nur stumpf wird, sondern wie ein Bumerang gnadenlos zurückfliegt.“ Kubicki ist stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP und Bundestagsvizepräsident.

Menschen außerhalb von Gefängnissen so strikt reguliert worden wie in der Corona-Zeit.“¹⁰

Wir von *Schmitz & Partner* haben zunehmend den Eindruck, dass der Gedanke der Vorsorge, von dem sich die Politiker angeblich ausschließlich leiten lassen, viel zu einseitig ausgerichtet ist. „**Die Kontrolle des Virus ist ein sehr wichtiges, aber nicht das einzige Ziel dieser Krise.**“¹¹ Denn gehört es nicht auch zur Vorsorge, dass Kinder wieder in der Schule lernen können? Und dass Ladenbesitzer oder Gastronomen nach der Krise noch eine Existenz haben? Und vor allem, dass die Volkswirtschaft insgesamt nicht einen zu großen Schaden nimmt?¹²

Die *Neue Zürcher Zeitung* kommt in einem Artikel mit der Überschrift „Wann ist der Preis zu hoch?“ zu dem Fazit: „Die Frage nach den wirtschaftlichen und sozialen Folgekosten galt lange als unanständig. Deshalb haben wir sie unanständig lange ignoriert. Schauen wir weiter weg, werden wir zusehen, wie die große Solidarität der Bevölkerung zerfällt und aus ihren Trümmern die Wut wächst.“¹³

Es kann nicht sein, dass Bundeskanzlerin *Angela Merkel* nichts Besseres einfällt, als immer neue Durchhalteparolen in die Welt zu setzen. In Wirklichkeit bewegt sie sich beim Versuch der Bewältigung der Krise seit langem im Kreis:



Quelle: *Neue Zürcher Zeitung* vom 26. März 2021, Seite 19

„Die Corona-Pandemie offenbart einen hilflos-bräsigen Staat, dem es leichter fällt, die Freiheit seiner Bürgerinnen und Bürger einzuschränken oder Unternehmen zu

¹⁰ Zitiert aus dem Artikel „Freiheit auf unbestimmte Zeit verschoben“ aus der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 6. März 2021, Seite 21. Prantl war von 1995 bis 2017 Leiter des Ressorts Innenpolitik der *Süddeutschen Zeitung*.

¹¹ *Handelsblatt* vom 21. Januar 2021, Seite 18.

¹² Vgl. hierzu *Handelsblatt* vom 21. Januar 2021, Seite 18.

¹³ *Neue Zürcher Zeitung* vom 16. Februar 2021, Seite 19.

schließen, als seine Kernaufgaben zu erfüllen.“¹⁴ Und *Heinz-Werner Rapp* schreibt: „In vielerlei Hinsicht wirkt die deutsche Corona-Politik merkwürdig entrückt, schwerfällig und aus der Zeit gefallen. Mehrmonatige Lockdown-Regimes werden von der Politik als ‚alternativlos‘ dargestellt und ‚verordnet‘, trotz **gravierender Schäden für Wirtschaft, Wohlstand und Wohlergehen.**“¹⁵

Die kritischen Stimmen aus der Wirtschaft werden zunehmend wütender: „Regelmäßig dürfen wir Wirtschaftsvertreter uns von Politikern anhören, was wir in der Corona-Pandemie zu tun und zu lassen haben.“ Und weiter: „Die Politiker reden mit uns wie mit Kleinkindern.“¹⁶ *Magdalena Martullo-Blocher* empört sich: „Die Chinesen fahren das volle Wirtschaftsprogramm. Und was macht Europa? Alle einsperren, vieles schließen, verlangsamten, erschweren, verkomplizieren und mit Geld überdecken.“¹⁷

Solange „die überhebliche Meinung von Politikern und Bürokraten, sie seien klüger als die Märkte“¹⁸ bei der Mehrzahl der (un)verantwortlichen Politiker vorherrscht, solange wird sich an den beklagenswerten Zuständen nichts ändern. Da helfen auch keine noch so fundierten Ratschläge von wohlmeinenden Wirtschaftswissenschaftlern. Denn **Politiker verhalten sich bekanntlich bei wirtschaftspolitischen Ratschlägen wie Betrunkene an einer Laterne – sie suchen Halt, keine Erleuchtung!**

Nur wenn es, analog zur Wirtschaft, auch in der Politik einen direkten Zusammenhang zwischen den drei Bereichen Handlung, Verantwortung und Haftung geben würde, können sich die Bürger Hoffnung auf eine bessere Politik machen. „Offensichtliche (oder notorische) Inkompetenz von Regierungschefs, Regierungen und Fachministerien sollte ähnlich konsequent geahndet werden, wie dies in der Wirtschaft seit langem üblich ist. Der partielle Verfall von Pensionsansprüchen könnte dafür ein zielführender Ansatz sein.“¹⁹

¹⁴ *Handelsblatt* vom 16. März 2021, Seite 48. In dem Gastkommentar von *Volker Wissing* „Mehr Markt, weniger Staat“ setzt sich der Autor mit der Rolle des Staates auseinander und schreibt: „Das heißt nicht, dass der Staat überflüssig wäre, aber es zeigt, dass die besonders bei Linken verbreitete These, der Staat sei ein universeller Problemlöser, mehr Wunsch als Wirklichkeit ist. Beamtinnen und Beamte haben ohne Zweifel ihre Qualitäten und ihre Berechtigungen, aber dass es per se besser ist, wenn sie Entscheidungen treffen, als wenn die Bürgerinnen und Bürger das in Eigenverantwortung tun, erscheint weltfremd.“ Wissing ist stellvertretender Ministerpräsident und Wirtschaftsminister in Rheinland-Pfalz und gleichzeitig FDP-Generalsekretär.

¹⁵ *Heinz-Werner Rapp* in seinem Gastbeitrag „Schlafwandler Deutschland – Was läuft schief?“ in *Wirtschaftliche Freiheit – Das ordnungspolitische Journal* vom 13. März 2021, hier Seite 5; Hervorhebung durch *Schmitz & Partner*. Rapp fügt hinzu: „Speziell Deutschland muss damit leben, in der Liste der weltweiten Impffortschritte weit hinten zu rangieren, und dies obwohl eines der wirksamsten Vakzine von einem deutschen Unternehmen entwickelt und in Rekordzeit bereitgestellt wurde.“ (Seite 2) Rapp ist Vorstand und Investment-Chef der *FERI*-Gruppe in Bad Homburg. Er leitet zudem das von ihm gegründete *FERI Cognitive Finance Institute*. Einen der entscheidenden Gründe für diesen auffälligen Widerspruch in Deutschland benennt *Bernhard Schuknecht* sehr deutlich: „Die wissenschaftliche Genialität wird konterkariert durch politischen Dilettantismus und Bürokratismus.“ Schuknecht ist Orthopäde in Heidelberg. Das Zitat stammt aus einem Telefongespräch vom 3. April 2021 mit dem Verfasser dieses Quartalsberichts.

¹⁶ Die beiden Zitate kommen von *Klaus Josef Lutz*, dem Vorstandsvorsitzenden der *BayWa AG* und sind dem *Handelsblatt* vom 10. Februar 2021 auf Seite 44 entnommen.

¹⁷ *Magdalena Murtullo-Blocher* im Gespräch mit der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 13. Februar 2021, Seite 9. Murtullo-Blocher ist Mehrheitsaktionärin und exekutive Vizepräsidentin des Verwaltungsrates der *Ems-Chemie Holding AG*.

¹⁸ *Kaspar Villiger* in seinem Aufsatz „Auf zur liberalen Konterrevolution!“ in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 5. Februar 2021, Seite 32. Villiger ist ein Schweizer Politiker. Von 1989 bis 2003 gehörte er dem Bundesrat an.

¹⁹ Diesen Vorschlag macht *Heinz-Werner Rapp* in seinem Gastbeitrag „Das Governance-Paradox“; siehe hierzu *Wirtschaftliche Freiheit – Das ordnungspolitische Journal*, 9. Januar 2021. Zu den Leistungen der Politik bezieht er wie folgt Stellung: „Demokratische Regierungen und Regierungschefs erlauben sich eklatantes

Leider sind wir noch nicht so weit. Zurzeit verkünden Politiker wieder einen Lockdown nach dem anderen, ohne sich über die dramatischen Folgeschäden für die Wirtschaft ausreichend Gedanken zu machen. Unsere jahrzehntlang erfolgreiche Marktwirtschaft wird von unseren Politikern (fahrlässig oder mit Vorsatz?) immer mehr zu einer Staatswirtschaft gemacht. Das *Handelsblatt* fragt: „Wird jeder Unternehmer, der gern Chancen ergreift, durch einen risikoscheuen Beamten ersetzt?“ und stellt wütend fest: „Dynamik geht immer von der Wirtschaft aus und nicht von den Amtsstuben.“ Die Zeitung zieht als Fazit: „Das Erfolgsgeheimnis der Sozialen Marktwirtschaft ist: **Die Unternehmer und ihre Mitarbeiter finanzieren den Staat – und nicht umgekehrt.**“²⁰

Aktuell ist es jedoch genau andersherum. Der Staat schüttet hunderte von Milliarden Euro (!) an Unternehmen aus, um einen Teil des Schadens mit Geld zu überdecken, den er durch die teilweise willkürliche Schließung der Firmen und Betriebe selbst verursacht hat:



Quelle: *Handelsblatt* vom 4. Februar 2021, Seite 18

Das ist auf den ersten Blick vielleicht erfreulich für die betroffenen Unternehmen, aber es ist katastrophal für die Steuerzahler und für die Sparer, weil die dicke Rechnung für beide noch kommen wird. Denn man darf bei den Corona-Hilfen nicht aus dem Auge verlieren, dass jede zusätzliche Milliarde, die man ausgibt, entweder irgendwo erarbeitet oder irgendjemandem weggenommen werden muss.²¹

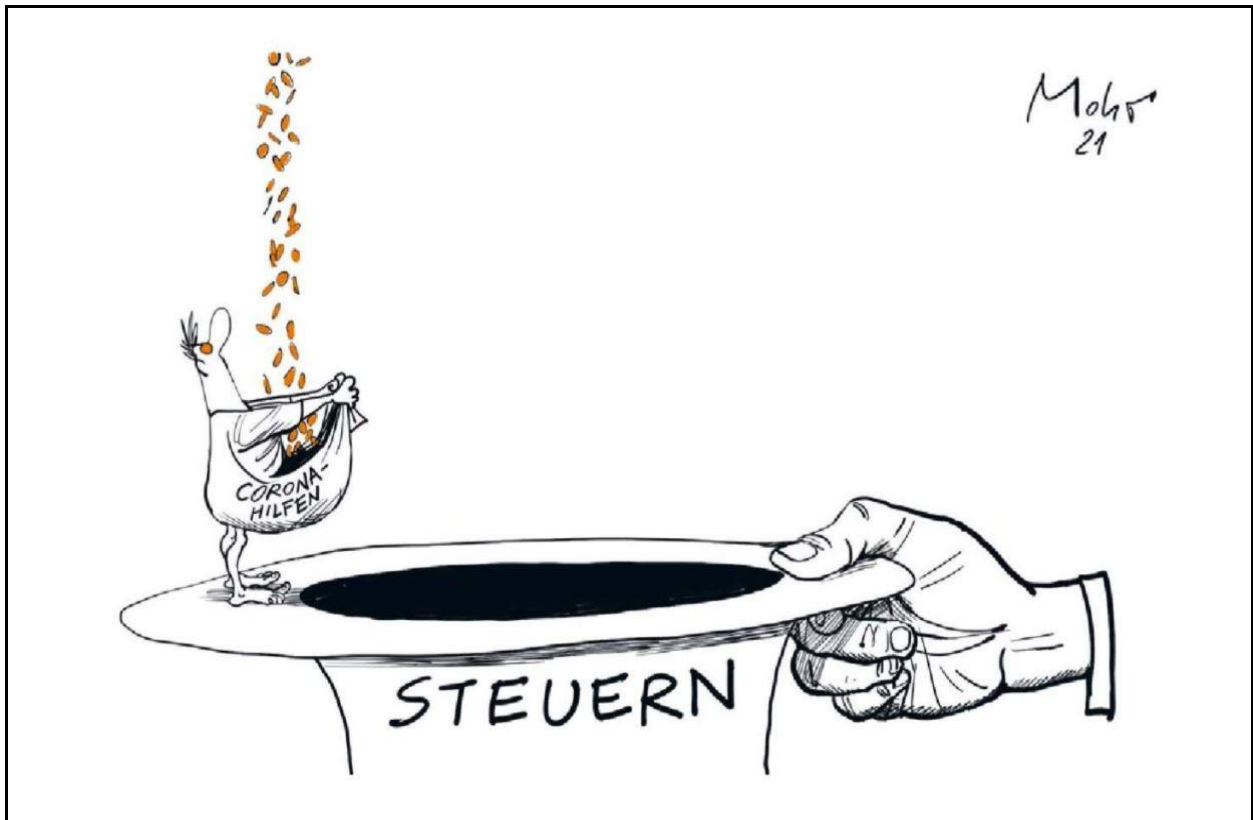
Fehlverhalten, ohne dafür je zur Rechenschaft gezogen zu werden. Diese massive Diskrepanz ist ungerecht, undemokratisch und gesellschaftspolitisch destruktiv; sie sollte nicht länger akzeptiert werden.“

Zu ganz ähnlichen Schlussfolgerungen kommt *Oliver Kessler* in seinem Aufsatz „Freiheit oder Staatsschulden“ in der *Finanz und Wirtschaft* vom 6. März 2021 auf Seite 2. Er schreibt: „Wir sollten uns schnellstmöglich über zusätzliche Mechanismen Gedanken machen, die uns erlauben, die politischen Verantwortungsträger enger in die Pflicht zu nehmen.“ Kessler ist Direktor des *Liberalen Instituts* in Zürich.

²⁰ Alle drei Zitate sind dem *Handelsblatt* vom 10. Februar 2021 auf Seite 14 entnommen. Hervorhebung im dritten Zitat von *Schmitz & Partner*.

²¹ Vgl. hierzu auch „Die Schuldenprediger liegen falsch“ in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 20. Januar 2021, Seite 17. Der Artikel wendet sich insbesondere gegen die Politiker, die glauben, Staatsschulden seien aktuell wegen der Nullzinsen „gratis“ und deshalb dürfe der Staat bedenkenlos Geld für Hilfen aufnehmen.

Den Steuerzahlern werden die Politiker die Corona-Hilfen durch höhere Steuern wieder aus der Tasche ziehen. Das *Handelsblatt* schreibt: „In Deutschland fordert SPD-Kanzlerkandidat *Olaf Scholz* höhere Steuern für Besserverdienende, um die Lasten der enormen Corona-Hilfen gerechter zu verteilen. **Dass die Rechnung für die gigantischen Rettungspakete der Staaten am Ende beim Steuerzahler landen wird, ist unvermeidlich.**“²²



Quelle: *Handelsblatt* vom 18. März 2021, Seite 14

Während die fleißigen und hart arbeitenden Bürger in naher Zukunft über höhere Steuern zur Kasse gebeten werden, müssen die Sparer befürchten, in Form von Lastenausgleichsabgaben mit Teilen ihre Ersparnisse für die Fehler und Versäumnisse der Politiker herangezogen zu werden. Das *Handelsblatt* warnt: „Die Linke fordert eine einmalige Vermögensabgabe mit dem Ziel, die Reichen und Vermögenden an der Bewältigung der Corona-bedingten Kosten angemessen zu beteiligen. Die SPD diskutiert über eine Ergänzungsabgabe.“²³

Fest steht jedenfalls, dass sich der Staat Teile der Ersparnisse seiner Bürger einverleiben wird:

²² *Handelsblatt* vom 16. März 2021, Seite 14. Der Artikel „Die Krise muss bezahlt werden“ warnt angesichts des enormen Finanzbedarfs für den Neustart nach der Pandemie vor der Illusion zu glauben, man könne mithilfe des nahenden Aufschwungs aus den Schulden einfach herauswachsen.

²³ *Handelsblatt* vom 29. - 31. Januar 2021, Seite 64.



Quelle: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 25. März 2021, Seite 6

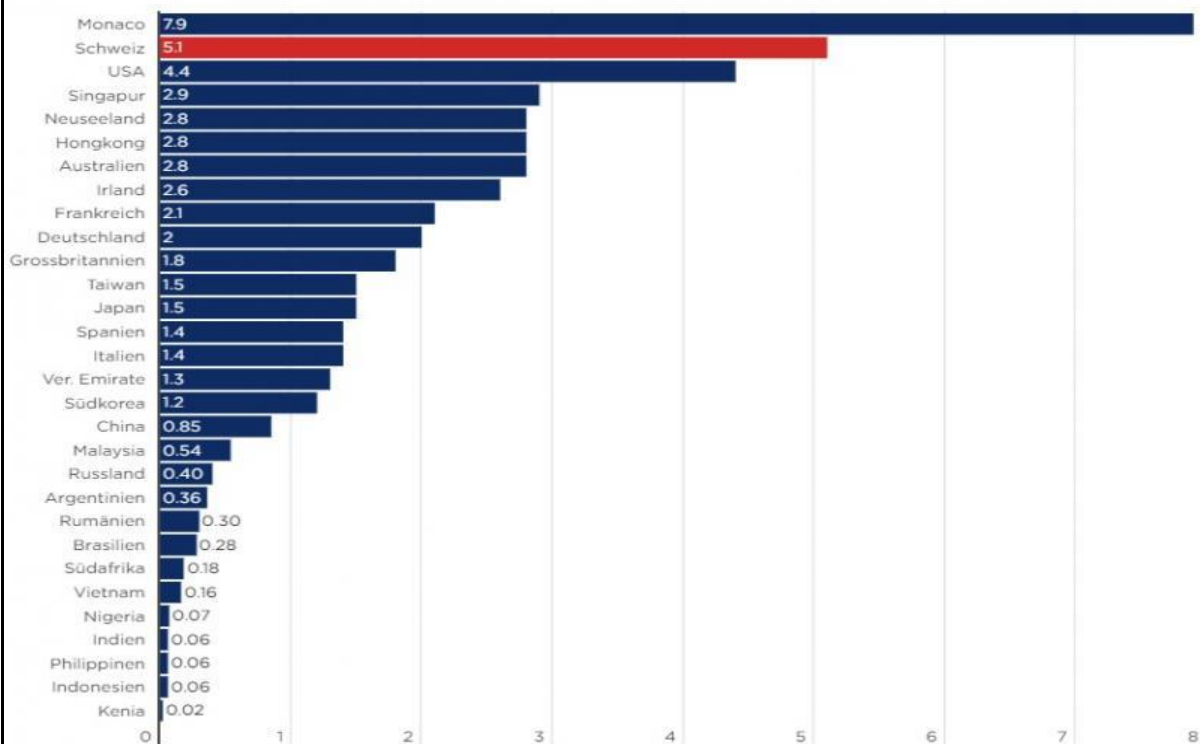
Die Frage ist nur, wer wird davon betroffen sein? Sind es wirklich nur die wenigen sehr Reichen in Deutschland, vielleicht sogar nur die Milliardäre? Die Partei DIE LINKE will nur das reichste Prozent der Deutschen mit einer Lastenausgleichsabgabe oder einer einmaligen Vermögensabgabe belasten. Das klingt auf den ersten Blick beruhigend für die nicht betroffenen 99 Prozent der Bürger. Aber wer gehört eigentlich zu dem reichsten einen Prozent? Wie viel Vermögen braucht man, um zu den Superreichen in einem Land zu gehören?

Auf diese Frage gibt ein neuer Vermögensbericht von *Knight Frank*, einer der weltgrößten Immobilienberatungen, Antworten.²⁴ In Deutschland braucht man ein Nettovermögen von zwei Millionen US-Dollar, also lediglich 1,7 Millionen Euro, um zu dem reichsten einen Prozent der Bevölkerung zu gehören:

²⁴ Vgl. *Handelsblatt* vom 15. März 2021, Seite 10.

Die reichsten 1 Prozent

Mit diesem Nettovermögen schafft man es ins wohlhabendste Prozent eines Landes. In Millionen Dollar.



Quelle: Knight Frank Wealth Sizing Model, März 2021

Quelle: *cash.ch* vom 4. März 2021

Es trifft also nicht nur Milliardäre und Multimillionäre, wenn die von sozialistischem Gedankengut beeinflussten Politiker von dem einem Prozent der Bevölkerung sprechen, das sie zur Kasse bitten wollen.

In anderen Ländern muss man über deutlich mehr Nettovermögen verfügen, um 99 Prozent der jeweiligen Bevölkerung hinter sich zu lassen, so zum Beispiel in der Schweiz, in der 5,1 Millionen US-Dollar nötig sind, oder in Monaco, wo sogar 7,9 Millionen US-Dollar vorhanden sein müssen, um zu dem reichsten einen Prozent des Landes zu gehören.

Nebenbei erwähnt: Wenn es in Deutschland Ende September bei den nächsten Bundestagswahlen zu einer Koalition der drei Parteien DIE GRÜNEN, SPD und DIE LINKE kommt – also Sozialismus hoch drei –, dann werden die in diesem und in dem letzten Quartalsbericht vorgestellte Gefahren für die deutschen Sparer (insbesondere die Lastenausgleichsabgabe) schneller realisiert werden, als sich das die meisten Bürger zum heutigen Zeitpunkt vorstellen können. Nach den aktuellen Umfragen der Wählerpräferenzen für die Bundestagswahl ist diese Konstellation übrigens die Variante mit der höchsten Eintrittswahrscheinlichkeit!

Eine der sinnvollsten Ausweichmanöver, um die insbesondere die Immobilieneigentümer ärmer werden lassende Lastenausgleichsabgabe abzumildern, ist nach wie vor eine **Anlage in erfolversprechende Aktien!** Und natürlich in weitsichtig und vorausschauend investierende Fonds, wie es zum Beispiel die beiden *Schmitz & Partner* Fonds sind.

Aktuell grenzt es für viele Beobachter nahezu an ein Wunder, dass die Börsen nicht längst abgestürzt sind und in einer tiefen Baisse stecken. Denn die Sorgen sind ja allgegenwärtig: die dritte Corona-Welle, ein erneuter Lockdown, eine schleppende Konjunkturerholung, in vielen Branchen sinkende Unternehmensgewinne, Inflations Sorgen, steigenden Zinsen usw.



Quelle: *Handelsblatt* vom 23. März 2021, Seite 26

Auf den zweiten Blick erkennt man dann, dass sich große Skepsis und steigende Aktienkurse nicht ausschließen müssen. Die Börsianer bezeichnen das als „Wall of Worry“: die Kurse hangeln sich an einer „Mauer der Angst“ nach oben.²⁵

Darüber hinaus blickt die Börse immer in die Zukunft, sie schaut nie auf die Gegenwart. Entscheidend sind die Aussichten für die nächsten sechs oder zwölf Monate, und diese Aussichten sind besser, als viele Anleger heute glauben wollen. Früher oder später wird ein Großteil der Bevölkerung geimpft sein (Herdenimmunität), und es wird wieder mehr konsumiert, so dass auch die Unternehmensgewinne wieder deutlich zulegen können. Die Verbraucher haben im Jahr 2020 in Rekordhöhe gespart – aus Vorsicht, aber auch mangels Gelegenheiten, ihr Geld wie gewohnt auszugeben. Nach Schätzung des *Instituts für Weltwirtschaft* halten allein die Konsumenten in Deutschland seit Beginn der Pandemie rund 200 Milliarden Euro an Kaufkraft zurück.²⁶ Dieser aufgestaute Konsum wird sich auflösen und die Nachfrage ankurbeln. Die Weltwirtschaft wird ab dem zweiten Halbjahr oder spätestens im Jahr 2022 so stark wachsen wie seit mindestens zehn Jahren nicht mehr. Davon werden auch die Unternehmen profitieren und die Aktionäre werden sich über steigende Aktienkurse freuen können!

Zum Abschluss empfehlen wir noch das Interview der Woche **„Mit Aktien wird man immer Geld verdienen“** vom Verfasser dieses Kommentars mit *Euro am Sonntag Express* vom 7. März. Wir wünschen eine erkenntnisreiche Lektüre!

²⁵ Vgl. hierzu den Artikel „Der Irrtum der Börsenskeptiker“ aus dem *Handelsblatt* vom 23. März 2021 auf Seite 26.

²⁶ Vgl. den Artikel „Der Aufschwung kommt“ aus dem *Handelsblatt* vom 2. Februar 2021 auf Seite 48.